

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg am 14./15. Oktober 2019

Am 14. und 15. Oktober 2019 tagte der Rat Landwirtschaft und Fischerei zum zweiten Mal unter dem Vorsitz des finnischen Ministers für Land- und Forstwirtschaft, Jari Leppä. Die Anliegen Österreichs wurden bei dieser Ratstagung in Luxemburg durch Bundesministerin Maria Patek vertreten, jene der Europäischen Kommission durch die Kommissare Phil Hogan (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung), Vytenis Andriukaitis (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) sowie Karmenu Vella (Umwelt, Meerespolitik und Fischerei).

Traditionellerweise werden bei der Oktobertagung des Rates die Fangmöglichkeiten für die Ostsee festgelegt. Die Europäische Kommission legte einen vergleichsweise strikten Vorschlag vor, da sich einige Arten, insbesondere der östliche Dorsch, in einem bedrohlichen Zustand befinden. Kommissar Vella betonte, dass diese Situation durch die Fischerei aber auch den schlechten Umweltzustand bedingt ist. Österreich und andere Mitgliedstaaten unterstützen diese Haltung und wiesen auf entsprechendes EU-Recht hin. Nach langen Verhandlungen konnte ein Kompromiss gefunden werden. Es wurden zum Teil drastische Kürzungen der Fischerei vereinbart. Die Europäische Kommission sagt die Vorlage eines Änderungsvorschlages des derzeit gültigen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) zu, um Kompensationszahlungen für Fischer zu ermöglichen.

Anschließend stand die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. Juli 2019 über die Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt auf der Tagesordnung. Bei dem Gedankenaustausch entlang der Frage, ob die in der Mitteilung genannten Prioritäten für die Erreichung der Ziele der Mitteilung angemessen und geeignet seien, wurde die Vorlage der Mitteilung und die darin enthaltenen fünf Prioritäten als geeignetes Instrument zum globalen Schutz der Wälder begrüßt. Den Schlüssel sahen die Delegationen in der internationalen Zusammenarbeit zur Schaffung nachhaltiger, entwaldungsfreier Lieferketten mit den Erzeugerländern. Der Vorsitz kündigte für die Ratstagung im Dezember die Annahme von Ratschlussfolgerungen an.

Ferner tauschten sich die Ministerinnen und Minister über die Zukunft einer neuen EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020, die zu einem ausgewogenen und ganzheitlichen Ansatz für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen beitragen soll, aus. Die Erarbeitung einer neuen EU-Forststrategie wurde unterstützt, wobei der bisher eingeschlagene Weg weitergeführt und ausgebaut werden soll. Viele Delegationen bezogen sich auf die nationalen sowie internationalen Ziele und Aufgaben im Zusammenhang mit dem Klimawandel sowie dem Schutz der Waldökosysteme. Breiter Konsens herrschte darüber, dass die Forststrategie das geeignete Instrument darstelle, um einen kohärenten Ansatz im Rahmen des European Green Deal herzustellen.

In weiterer Folge stellte der Vorsitz seinen Sachstandbericht zu den derzeitigen Verhandlungen des Reformpakets für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für Zeit nach 2020 vor und lud die Delegationen ein, die wesentlichen Elemente, die einer weiteren Erörterung bedürfen, zu identifizieren. Vielfach wurde das neue Umsetzungsmodell und die grüne Architektur angesprochen, vor allem dessen Komplexität und notwendige Vereinfachungen. In die Diskussion floss auch der Punkt unter Sonstiges zur Fortführung des GAP-Budgets in bisheriger Höhe im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 ein. Diese Erklärung wurde von 17 Mitgliedstaaten unterstützt, darunter auch Österreich, um ein deutliches Zeichen für eine starke gemeinsame Agrarpolitik und den Erhalt vitaler ländlicher Räume zu setzen. Vier weitere Delegationen haben dieses Anliegen im Rat mündlich mitgetragen.

Weiters berichtete Kommissar Hogan über die aktuellen Entwicklungen auf den Agrarmärkten und zeichnete aktuell insgesamt eine stabile Marktsituation, jedoch mit einigen sich unter Druck befindlichen Sektoren, wie Zucker, Rindfleisch und Olivenöl. Die Delegationen verwiesen auf einzelne Bereiche mit Marktproblemen und brachten ihre Sorgen im Hinblick auf einen möglichen unregelmäßigen Brexit sowie die von der US-Regierung angekündigten Sonderzölle zum Ausdruck. Die Kommission erklärte, sich dieser Unsicherheitsfaktoren bewusst zu sein. Sie werde daher den Markt sorgfältig im Auge behalten.

Der zweite Tag beschäftigte sich mit einer Reihe von Tagesordnungspunkten im Fischereibereich. Es wurden die jährlichen Konsultationen betreffend Fangmöglichkeiten mit Norwegen besprochen. Traditionellerweise geht es dabei um einen Tausch von Quoten. Die Konsultationen sind vom bevorstehenden Brexit betroffen. Die endgültigen Entscheidungen werden bei der Sitzung im November in Bergen getroffen. Des Weiteren wurde die EU Position für die nächste Jahrestagung des ICCAT (Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik) behandelt, die im November 2019 in Mallorca stattfindet.

Zur Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) wurde eine 2. partielle allgemeine Ausrichtung verabschiedet. Diese wurde einstimmig angenommen. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Österreich, wiesen auf ihre ablehnende Position bei der 1. partiellen Ausrichtung im Juni hin.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurden 13 Punkte behandelt. Dazu zählten die Sachstandberichte der Europäischen Kommission zur aktuellen Lage bei der Afrikanischen Schweinepest sowie zur Lebensmittelsicherheit, eine Präsentation der Ergebnisse der Bioökonomie-Konferenz in Helsinki und der Ministerkonferenz zum verbesserten Wissenstransfer in der Landwirtschaft in Slowenien. Die tschechische Delegation informierte über zwei gemeinsame Erklärungen der Visegrád Gruppe und weiterer Länder, einerseits zur nachhaltigen Forstwirtschaft und andererseits zur Afrikanischen Schweinepest. Die italienische Delegation berichtete über Schäden durch die Marmorierte Baumwanze. Die Problematik der angekündigten Zusatzzölle der Vereinigten Staaten von Amerika auf bestimmte europäische Agrarprodukte und Lebensmittel wurde in drei Anträgen von Italien, Spanien sowie Frankreich auf die Ratstagung gesetzt. Die französische Delegation informierte über eine, von drei weiteren Mitgliedstaaten unterstützte, Erklärung zum Wolfsmanagement. Zuletzt berichtete die belgische Delegation über jüngst aufgetretene Listerien-Fälle in der EU.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

31. Oktober 2019

DIⁱⁿ Maria Patek, MBA
Bundesministerin